

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/102

29. Mai 1973

Doppelzüngigkeit und Zynismus

Die Opposition muß sich entscheiden, was sie will

Von Günther Metzger MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
und stellv. Vorsitzender des Bundestagsrechts-
ausschusses

Seite 1 / 29 Zeilen

Kommunen - Nutznießer der Bodenspekulation?

Zahlen widerlegen Falschargumentation

Seite 2 / 24 Zeilen

Am Beispiel Kölns

Zunehmende Schwierigkeiten beim Bezug von
Sozialwohnungen

Von Erich Henke MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Raum-
ordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 3 und 4 / 62 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandt - Staatsmann der Realität und
Weitsicht (I)

Von Ing. Gustav Vlahov
Vizepräsident der jugoslawischen Bundesversammlung

Seite 5 und 6 / 92 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Doppelzüngigkeit und Zynismus

Die Opposition muß sich entscheiden, was sie will

Von Günther Metzger MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
und stellv. Vorsitzender des Bundestagsrechtsausschusses

Diese Heuchelei läßt sich nicht mehr überbieten: Auf der einen Seite erklärt Franz Josef Strauß die Bereitschaft der CSU, die Bundesregierung zu unterstützen, die im Gegensatz zur DDR den Grundlagenvertrag als Nicht-Anerkennungsvertrag auslege. Auf der anderen Seite begründet der Vorsitzende der CSU die Klage in Karlsruhe mit der Behauptung, der Grundlagenvertrag verstoße gegen das Wiedervereinigungsgebot, beinhalte die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und verletze damit das Grundgesetz und die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Doppelzüngigkeit wird zum Zynismus, wenn Strauß verkündet, der Gang nach Karlsruhe diene der Wahrheit und Klarheit, Redlichkeit und Ehrlichkeit.

Die Opposition muß sich endlich entscheiden, was sie will. Während der CDU-Chef von Nordrhein-Westfalen, Köppler, die Haltung seiner Partei bekräftigt, das Bundesverfassungsgericht wegen des Grundlagenvertrages nicht anzurufen, läßt sich Strauß von dem Par-
teiausschuß der CSU die unter seiner Führung gefaßte Entscheidung der bayerischen Staatsregierung bestätigen, Klage gegen die Bundesregierung einzureichen.

Um die Wahrheit und Klarheit, Redlichkeit und Ehrlichkeit der CSU ist es schlecht bestellt, wenn sie in einem Atemzug erklärt, sie werde die Bemühungen der Bundesregierung um die Wahrung der nationalen Interessen unterstützen, sich gleichzeitig aber den Standpunkt der DDR für ihre Klage in Karlsruhe zu eigen macht.

(-/29.5.1973/bgy/ex

+ + +

Kommunen - Nutznießer der Bodenspekulation ?

Zahlen widerlegen Falschargumentation

Dem Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer fällt es offenbar immer schwerer, Argumente gegen die Pläne der Bundesregierung zur Bodenrechtsreform zu finden. In letzter Zeit versucht der Verband beharrlich, die öffentliche Hand - insbesondere die Kommunen - als einen der Hauptnutznießer der Bodenspekulation herauszustellen.

Zur Unterstützung dieser Argumente verweist der Verband darauf, daß von der gesamten Gebietsfläche der Bundesrepublik in der Größenordnung von 24,3 Millionen Hektar 6,2 Millionen oder 25 vH. in öffentlicher Hand sind. In zahlreichen Städten liegt dieser Anteil noch höher, teilweise reicht er an 50 vH. heran.

Diese auf den ersten Blick sicher erstaunlichen Zahlen könnten Glauben machen - dies ist wohl auch beabsichtigt - der Schlüssel zu einem besseren Bodenmarkt läge allein bei den Gemeinden. Daß dieser Eindruck falsch ist, zeigt sich erst, wenn man diese Zahl aufschlüsselt. So sind allein 3,8 oder 6,1 Millionen Hektar Waldfläche, 850.000 Hektar Verkehrsfläche, 270.000 Hektar Park- und Grünfläche und 330.000 Hektar Wasserfläche. Das bedeutet, dieser Grund und Boden dient dem Wohl der Allgemeinheit, wird für Straßen, Schulen, Erholungs- und Schutzgebiete gebraucht. Keineswegs aber versetzt er die Gemeinden in die Lage, das knappe Angebot an Bauland beliebig auszuweiten. Vielmehr sind die Gemeinden gezwungen, mit diesen Pfunden zu wuchern, wenn sie den berechtigten Ansprüchen der Bürger Genüge tun wollen.

Martin Conrads

(-29.5.1973/ks/ex)

Am Beispiel Kölns

Zunehmende Schwierigkeiten beim Bezug von Sozialwohnungen

Von Erich Henke MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

In jüngster Zeit werden in Köln Sozialwohnungen durch aufwendige Annoncen angeboten. Wohnungen, die sich in Lage und Ausstattung mit fast doppelt so teuren, frei finanzierten Wohnungen vergleichen lassen, sind dennoch unvermietbar. Es gibt zu wenig Interessenten, die einen Wohnberechtigungsschein haben. Dieser Schein wird von den örtlichen Wohnungsbehörden ausgestellt, wenn das Einkommen des Wohnungssuchenden innerhalb der im § 25 II. WoBauG geregelten Grenzen liegt (DM 1.000,-- Grundbetrag plus DM 250,-- für jeden Familienangehörigen, bezogen auf das steuerpflichtige Einkommen). Die Einkommensentwicklung in den letzten Jahren, besonders in den Großstädten, hat diese Grenze überholt.

Diese Entwicklung überrascht. Bisher ging man davon aus, daß zwischen 70 vH. (DGB) und 50 vH. unserer Bevölkerung Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Von den rund 22 Millionen Wohnungen im Bundesgebiet sind jedoch nur knapp sieben Millionen, also etwa ein Drittel, mit öffentlichen Mitteln gefördert. Selbst wenn man berücksichtigt, daß ein Teil der nicht versorgten Wohnberechtigten in Altbauwohnungen wohnt, scheinen die bisherigen Schätzungen zu hoch.

Eine große Gruppe unserer Bevölkerung ist heute auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen. Obwohl das Einkommen oft nur geringfügig über den Wohnberechtigungsgrenzen liegt, müssen erheblich höhere Wohnkosten getragen werden. Unerträgliche soziale Ungerechtigkeiten sind die Folge. Die Einkommenssteigerungen - Ursache für das Hinauswachsen aus dem Berechtigtenkreis - stellen zum Teil einen Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten dar. Ihre Anrechnung im Rahmen der Berechtigungsgrenze des sozialen Wohnungs-

haus verschlechtert den sozialen Status der dadurch von der Be-
ünstigung Ausgeschlossenen.

Sicher ist die Lage in Köln noch nicht repräsentativ für das Bundesgebiet, aber in vielen anderen Städten sind ähnliche Tendenzen nicht zu übersehen. Die Besetzung von Sozialwohnungen macht zunehmende Schwierigkeiten. Eine Überprüfung der Einkommensgrenzen ist deshalb unumgänglich. Dies um so mehr, als die heißgelaufene Baukonjunktur mit Baupreisrekorden Sozialmieten brachte, die vielfach als unsozial empfunden werden. Die Berechtigungsgrenzen können trotz Wohngeld nicht losgelöst von der Entwicklung der Mieten gesehen werden.

Die neuen Einkommensgrenzen müssen die Kostenentwicklung berücksichtigen. Für junge Ehen (Einkommen der mitarbeitenden Ehefrau) und Einkünfte aus Überstunden und ähnlichen Leistungszulagen sollten Sonderregelungen gefunden werden. Nur die auf Dauer nachhaltig erzielbaren Einkünfte können billigerweise auf das Einkommen angerechnet werden.

Eine Erhöhung der Einkommensgrenzen könnte zum Anlaß genommen werden, eine dritte Berechtigtengruppe zu schaffen. Die Einkommensgrenze für die Förderungsjahrgänge bis 1963 (20 vH. unter den heute gültigen Grenzen) sollte weiter gelten, ebenso wie die zur Zeit noch gültige Grenze für die Förderungsjahrgänge von 1964 bis 1970. Ab 1971 schlug die Baukostenentwicklung besonders stark auf die Mieten durch. Vieles spricht dafür, die Ausdehnung des Berechtigtenkreises auf diese teuren Sozialwohnungen zu beschränken.

Zur Zeit liegen dem Bundestag eine Novelle des Wohnungsbindungsgesetzes und das Gesetz zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau vor. Rechtstechnisch ist es möglich, eine Anhebung der Berechtigungsgrenze zum Bezug von Sozialwohnungen in die Beratungen eines der genannten Gesetze einfließen zu lassen. Dadurch kann das Verfahren beschleunigt werden.

Die Wohnungspolitiker in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion streben eine rasche Lösung an. Dr. Vogel, der zuständige Bundesminister, unterstützt sie dabei. (-/29.5.1973/ks/ex.

Die aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandt - Staatsmann der Realität und Weitsicht (I)

Von Ing. Gustav Vlahov
Vizepräsident der Bundesversammlung

Diese Würdigung des Bundeskanzlers Willy Brandt aus der Feder des Vizepräsidenten der jugoslawischen Nationalversammlung, Ing. Gustav Vlahov, erschien in der April-Ausgabe der renommierten Belgrader Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, "Internationale Politik".

Es ist ohne Zweifel schwer, über Zeitgenossen zu schreiben und insbesondere über Politiker und Staatsmänner, die die Geschicke ihres Landes lenken. Wenn ich mich dieser Aufgabe unterziehe, so aus dem Grund, weil ich glaube, daß es Persönlichkeiten gibt, obwohl ihre Zahl gering ist, die eine solche Rolle in der Entwicklung unserer Welt spielen, daß von ihnen gesprochen werden kann und soll. Eine dieser Persönlichkeiten ist unzweifelhaft auch Bundeskanzler Willy Brandt.

Um eine Persönlichkeit allseitig zu erkennen und zu erfassen, ist es vor allem notwendig, die Bedingungen zu kennen, unter denen sie gelebt und gearbeitet hat.

Willy Brandt wurde 1913 in Lübeck geboren. Aus seiner Jugend trägt er die Erinnerung an die tragischste Zeit der neuen deutschen Geschichte mit sich - das Auftreten und die Entwicklung von Nazismus und Hitlerdiktatur, die ganz Deutschland in ein finsternes und bestialisches Lager verwandelt haben, in dem die menschliche Würde getreten und alles was fortschrittlich sein konnte, zerstört wurde, um danach die gleichen oder noch schrecklicheren Terrormethoden auch in viele andere Länder Europas zu tragen.

Unter diesen Bedingungen, den Bedingungen des Widerstands und Kampfes gegen das nazistische Regime, beginnt der Lebensweg Willy Brandts.

Wir finden ihn 1933 als politischen Emigranten in Norwegen und von 1940 an in Schweden. Von Hitlers Deutschland wird ihm wegen seiner antifaschistischen Tätigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt und er nimmt, als politischer Emigrant in Schweden, die norwegische Staatsangehörigkeit an. Er arbeitet, studiert und kämpft zielbewußt für ein demokratisches Deutschland und für die Befreiung Norwegens. Nach Kriegsende kehrt er nach Berlin zurück und stellt sich, im Sinne seiner antifaschistischen und sozialdemokratischen Einstellung in den Dienst seines Landes.

Ohne Zweifel war der Aufenthalt in Norwegen und Schweden in den Jahren, die von nahezu entscheidendem Einfluß auf die endgültige moralische und politische Reife des Menschen sind, von

jener positiven Wirkung, wenn das Leben und die Welt nicht isoliert, aus einem relativ engen Blickfeld eines begrenzten Bereichs verfolgt, wahrgenommen und erfaßt werden, sondern in einem aufgliederten geographischen und politischen Zusammenhang, den in diesem Fall Norwegen und Schweden Willy Brandt boten.

Bei seiner 1945 erfolgten Rückkehr nach Berlin fand er eine beinahe vollständig zerstörte Stadt vor. Im übrigen sah annähernd ebenso ganz Deutschland aus - mancherorts mehr, mancherorts weniger zerstört. Vielen schien der damalige Zustand vollkommen aussichtslos und der Aufbau des derart zerstörten Landes ein vergebliches Bemühen, eine Sisyphusarbeit.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sah sich Deutschland vor neue Gegebenheiten gestellt. Vor allem haben der Sieg der Verbündeten und die bedingungslose Kapitulation des Dritten Reiches Deutschland in neue Grenzen gestellt. Zugleich kam es, im Zusammenhang mit der Uneinigkeit der Verbündeten zu einer neuen Situation in Deutschland selbst: zur Teilung, die die politische Landkarte Europas durch das Entstehen von zwei deutschen Staaten verändern wird, von denen jeder sowohl in seiner inneren politischen und gesellschaftswirtschaftlichen Entwicklung als auch in seiner Ausrichtung und Entscheidung in internationalen Beziehungen seinen eigenen Weg gehen wird. Gerade auf deutschem Boden werden die ideologischen, politischen, militärischen, wirtschaftlichen und anderen Gegensätze am unmittelbarsten zum Ausdruck kommen, jene Gegensätze, die der Zeit des Kalten Krieges ihr entscheidendes Merkmal gegeben haben. Allen diesen Umständen ist jedoch noch die sehr komplexe Situation in der BR Deutschland selbst hinzuzufügen, die dadurch entstand, daß nach Kriegsende eine Vielzahl jener, die bis zuletzt den Zielen und dem Schicksal des Dritten Reiches folgten, und zwar nicht nur von beiden Seiten der Demarkationslinie, sondern aus vielen europäischen Ländern, die Opfer der hitlerischen Aggression waren, dort Aufenthalt suchten. Zudem gab den Verhältnissen in der BR Deutschland auch die Tatsache ihr Merkmal, daß sich in ihr auch sehr viele einfanden, die sich nicht zu den gesellschaftspolitischen Veränderungen und den Entwicklungsrichtungen in der DDR bekannten.

Unter diesen ausnehmend verwickelten und heiklen Bedingungen war es einer sozialdemokratischen Partei sehr schwer zu wirken und sich zu behaupten. Die alten Mitglieder wurden während des Hitlerregimes größtenteils dezimiert; viele waren an der Ostfront und an anderen Fronten für immer verschollen. Dennoch begann, wir wollen es wiederholen, unter so schwierigen und komplizierten Bedingungen, daß sie schwerlich getreu wiedergegeben werden können, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu wirken, sich teilweise auf den alten Kader stützend, aber vor allem auf die junge und jüngste Generation. Unter diesen Bedingungen begann auch Willy Brandt zu wirken. (-/29.5.1973/ks/ex)

+ + +

(Fortsetzung folgt am 30.5.1973)